

## Wahlprüfsteine

### der planenden Berufe für die Kommunal- und Landtagswahlen in Bremen und Bremerhaven 2019

Absender:

<b>Wir fragen Sie:</b>	<b>Ihre Antwort:</b>
<p><b><u>1. Stadtentwicklung als integrierte Politikaufgabe weiterentwickeln</u></b></p> <p><i>Wie stellen Sie sicher, dass die Entwicklung von Quartieren laufend evaluiert wird und die Entwicklungskonzepte einer laufenden Fortschreibung unterliegen – anders als beispielsweise die aktuelle verkehrliche Anbindung der Überseestadt? Welche Ziele verfolgen Sie in der Bodenpolitik, wie kann anlassbezogen das Ressortprinzip weiterentwickelt werden?</i></p>	<p>Bremen muss dringend nachvollziehen, was andere Kommunen bereits praktizieren: Den Übergang zu einer nachhaltigen Bodenpolitik, zur Bodenbevorratung und zu einem Paradigmenwechsel im Umgang mit städtischen Flächen. Das muss den Stopp des Ausverkaufs städtischer Fläche beinhalten, die verstärkte Vergabe von Entwicklungsflächen in Erbbaurecht mit dauerhaften Vorgaben und Mietenregulierungen, und mehr kommunales Bauen in Eigenregie. Wir befürworten ein zentrales Liegenschaftsmanagement mit einer Clusterung von Flächen nach Nutzungseignung wie in Berlin. Die Zuständigkeit für Bauen und Stadtentwicklung soll beim Bauressort liegen - dass Überseestadt und Innenstadt vorrangig vom Wirtschaftsressort und der WFB gesteuert werden, ist nicht sinnvoll. Integrierte Handlungskonzepte (IHKs) sollte es für alle Ortsteile geben, bzw. auch in "Nicht-WIN-Gebieten" brauchen wir eine ähnliche Struktur um die Prozesse beständig zu begleiten. Stadtentwicklung muss ressortübergreifend abgestimmt werden, und verbindlich dort auch kontinuierlich ausgewertet und weiterentwickelt werden. Wie die Erfahrung zeigt, setzt ihre Umsetzung voraus, dass die Stadt selbst über genügend Flächen, Immobilien und Wohnbestände verfügt - und über Kapazitäten und eigene Kompetenz in der Verwaltung.</p>
<p><b><u>2. Baukultur als Standortfaktor etablieren - Projekt „IBA Bremen“ angehen, b.zb stärken</u></b></p> <p><i>Wie wollen Sie die Durchführung einer IBA im Land Bremen umsetzen? Werden Sie sich für eine inhaltliche und materielle Stärkung des Bremer Zentrums für Baukultur einsetzen?</i></p>	<p>Ausstellungen wie die "Wohntage Bremen" 2018, auf denen konzeptionelle Neuansätze vorgestellt und die Erfahrungen anderer Kommunen diskutiert werden, sollte es viel öfter geben. Eine Internationale Bauausstellung (IBA) ist jedoch etwas anderes. Eine IBA ist ein mehrjähriges Großprojekt, bei dem exemplarische Bauprojekte realisiert werden. Daher ist sie sehr teuer für die durchführende Kommune. Berlin hat 2013 die geplante IBA Berlin 2020 abgesagt, weil sie die Stadt 60 Mio. Euro gekostet hätte. Heidelberg ringt um die Finanzierung. Für Bremen sehen wir derzeit keine Möglichkeiten, ein solches Großprojekt in den Haushalt aufzunehmen. Allerdings wäre ein Format ausgehend von den "Wohntagen Bremen" weiterzuentwickeln und explizit auf die Stadtteile zu beziehen. Wir befürworten eine bessere und dauerhafte Förderung des b.zb durch die Stadt Bremen. Dies ist auch wichtig, um seine Unabhängigkeit zu stärken.</p>
<p><b><u>3. Beteiligung der Öffentlichkeit strukturieren</u></b></p>	<p>Wir sprechen uns für eine verbindliche Mitentscheidung der Beiräte bei Bauprojekten aus, auch im späteren Prozess der Konkretisierung. Derzeit können die Beiräte zwar ihre Meinung äußern, haben aber keine echten Entscheidungsrechte. Das führt zur Haltung: Wenn wir ein Projekt nicht von vorneherein blockieren, werden wir</p>

<p><i>Wie wollen Sie zukünftig eine geordnete, vorhabenunterstützende Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Beiräten organisieren und dafür sorgen, dass das Gemeinwohl ausschlaggebendes Kriterium bleibt?</i></p>	<p>später nichts mehr effektiv mitgestalten können. Das Volksbegehren gegen die Bebauung des Rennbahn-Geländes ist das (problematische) Ergebnis dieser Erfahrung. Bauen ist in der Stadtgesellschaft nur als demokratisches Bauen realisierbar. Bei größeren Fragen der Stadtentwicklung ist es sinnvoll, dass die Stadt sie auch selbst zum Volksentscheid vorlegt - dann setzen sich reine Partikularinteressen nicht durch. Wir begrüßen nicht nur "vorhabenunterstützende" Beteiligung, sondern auch vorhabenkritische - demokratische Partizipation ist ein ergebnisoffener Prozess und muss auch "Nein" sagen können.</p>
<p><b><u>4. Öffentliches Bauen - Qualität sichern, Effizienz steigern</u></b></p> <p><i>Welche konkreten Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Effizienz des Öffentlichen Bauens zu steigern und gleichzeitig die dauerhafte Qualität zu sichern?</i></p>	<p>Das größte Problem für das öffentliche Bauen ist derzeit das Geld. Der Schul- und Kita-Ausbau droht daran zu scheitern, dass die Schuldenbremse keine kreditfinanzierten öffentlichen Investitionsprojekte erlaubt. Wir sprechen uns daher für eine öffentliche Schulbaugesellschaft aus, bzw. die Beauftragung von öffentlichen Gesellschaften wie der GEWOBA oder der Brebau, um dieses Problem zu lösen. Im Prozess verzögern sich Projekte vor allem dadurch, dass nachträglich immer wieder neue Anforderungen formuliert werden, die zu erneuter Planung führen, sowie durch die unzureichende Personalausstattung insbesondere im Bauressort und bei Immobilien Bremen. Diese muss unbedingt behoben werden. Unter "Entschlackung" im Allgemeinen lässt sich wenig vorstellen, das muss im Einzelnen beurteilt werden - öffentliche Vorgaben haben ja einen Grund und wer Vorgaben lockern will, muss konkret benennen, welche. Den gerade abgeschlossenen Prozess der Neufassung der RL Bau sehen wir positiv.</p>
<p><b><u>5. Fachkräftemangel angehen – Hochschulen in Bremen ausreichend ausstatten</u></b></p> <p><i>Wie wollen Sie den Hochschulstandort Bremen für kluge Köpfe (Lehrende wie Studierende) weiter attraktivieren und sicherstellen, dass neuen Herausforderungen, die in Folge der Digitalisierung und steigenden Komplexität der Berufsfelder entstehen, durch entsprechend qualifizierte Stellenbesetzungen begegnet werden kann?</i></p>	<p>Der Fachkräftemangel in allen Bauplanungsberufen stellt ein großes Problem dar, gerade für die öffentliche Hand. Hier ist viel zu lange Personal abgebaut statt aufgebaut worden. Wir befürworten einen Ausbau der Studienplätze, ein Recht auf Masterstudium am Studienort für Bachelor-Absolvent*innen und eine Verbesserung von Betreuungsrelation und Ausstattung. Dies sollte unbedingt im gerade vorgelegten Wissenschaftsplan explizit mit aufgenommen werden, um die Bauingenieur und Architektenberufe zu stärken. Die Frage angemessener Besoldung im öffentlichen Dienst kann allerdings nur insgesamt betrachtet werden und nicht isoliert für einzelnde Besoldungsgruppen gelöst werden.</p>
<p><b><u>6. Digitalisierung im Bauwesen umsetzen</u></b></p>	<p>Die Digitalisierung von Planungsprozessen, speziell der Übergang zu BIM, ist ein wichtiger, aber außerordentlich komplexer Prozess. Vielfach fehlen noch übergreifende Einigungen auf Standards und Normen. Die Gefahr, dass der Übergang zu BIM einen Konzentrationsprozess begünstigt, bei dem kleinere und mittlere Planungsbüros das</p>

<p><i>Wie stehen Sie zur Digitalisierung in der Wertschöpfungskette Bau, insbesondere unter dem Stichwort BIM? Wann werden Sie den digitalen Bauantrag einführen? Wie wollen Sie den weiteren Ausbau leistungsfähiger Datennetze voranbringen?</i></p>	<p>Nachsehen haben, ist real. Wir halten es daher für richtig, dass Bremen den Prozess der Digitalisierung im Baubereich vorantreibt.</p>
<p><b><u>7. Klimawandel sachgerecht angehen – neue Wege zur Bemessung der ökologischen Nachhaltigkeit von Bauwerken und Stadtquartieren gehen</u></b></p> <p><i>Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um eine nachhaltig klimaschonende Stadtentwicklung in Bremen und auf Bundesebene weiter voranzubringen? Wollen Sie am verpflichtenden Passivhausstandard für öffentliche Gebäude in Bremen festhalten?</i></p>	<p>Bislang ist das Land Bremen nicht hinreichend erfolgreich bei seiner Klimastrategie und muss seine Anstrengungen verstärken. Neben dem Verkehr ist das Wohnen bzw. der Energieverbrauch von Immobilien dabei ein zentraler Bereich. Wir wollen die Standardvorgaben daher nicht senken und auch am Passivhausstandard für öffentliche Neubauten bzw. am Niedrigenergiestandard für öffentliche Sanierungen festhalten. Alles andere wäre ein fatales Signal. Der entscheidende Beitrag zur Klimabilanz muss allerdings aus der energetischen Sanierung im gesamten Immobilienbestand kommen. Hier ist es richtig, dass energetische Sanierung nicht einfach im dämmenden "Einpacken" von Gebäuden bestehen kann, mit allen problematischen Folgen. Gefragt sind integrierte Konzepte, Nutzung auch dezentraler Energieerzeugung, und vor allem der mittelfristige Ausstieg aus der Öl- und Gas-Beheizung.</p>
<p><b><u>8. Neue Mobilität in Bremen und Bremerhaven umsetzen</u></b></p> <p><i>Welche Umsetzungshorizonte hat Bremen für die konkreten, bereits beschlossenen Projekte zu erwarten? Welche Projektfelder des VEP werden für eine zeitnahe Umsetzung priorisiert verfolgt? Sind die Stellplatzortsgesetze dazu geeignet, quartiersbezogen dauerhaft für eine anforderungsgerechte Organisation des Parkens zu sorgen?</i></p>	<p>Stellplatzgesetze sind notwendig. Man kann das Problem des ruhenden Verkehrs nicht einfach "von einzelnen Baumaßnahmen abkoppeln" und der öffentlichen Hand zuweisen - das wäre eine Privatisierung von Vorteilen und eine Sozialisierung von Aufwendungen. Die Diskussion um die Parkraumbewirtschaftung (Anwohnerparken, Begrenzung der Stellplätze pro Haushalt, höhere Parkgebühren) wird in Bremen verstärkt geführt werden müssen und auch Auswirkungen auf die Stellplatzgesetze haben. Eine zukünftige Umnutzung von Parkflächen in der Straße ist sehr viel einfacher, als die Umnutzung von Parkhäusern. Ein wesentlicher Schlüssel sind aber Ausbau, Verbesserung und Verbilligung des öffentlichen Nahverkehrs - ohne das wird sich der Autobestand in der Stadt nicht verringern lassen. Die ÖPNV-bezogenen Projekte des VEP sollten daher vorrangig verfolgt werden.</p>
	<p>Wenn man die laufenden Bauprojekte verfolgt, die von einer großen Konformität, einem rückschrittlichen</p>

**9. Umsetzungskultur etablieren -**

**Verkehrsentwicklungsplan, Innenstadtkonzept, Zukunftskommission sukzessive abarbeiten und laufend fortschreiben**

*Wie wollen Sie erreichen, dass zukünftig der politische Wille durch alle Verwaltungsebenen konsequent umgesetzt wird? Bedarf es einer Um- / Neustrukturierung der Verwaltungszuschnitte oder der Schaffung einer Stadtentwicklungsgesellschaft? Wie wollen Sie gewährleisten, dass alle zur Verfügung stehenden Fördermittel zukünftig genutzt werden?*

Begriff von "Urbanität" und häufig von einer deutlich profitorientierten Ästhetik bestimmt sind, dann kann man den Befund, es gäbe in Bremen und Bremerhaven kein "Ideendefizit", nicht unterschreiben. Neue Ideen sind dringend gefragt: für öffentliche Bauten, für ästhetisch attraktiven bezahlbaren Wohnraum, für ein neues Verhältnis von Individual- und Gemeinschaftsräumen, für eine Abkehr vom DINKS-Standard, d.h. der privilegierten Ausrichtung von Grundrissen auf kinderlose Doppelverdienerhaushalte der oberen Einkommensklasse. Umnutzbarkeit von Gebäuden für verschiedene Nutzungs- und Lebensformen, wie auf den "Wohntagen" ausführlich am "Bremer Haus" diskutiert, ist ebenso ein Desiderat wie eine politische Willensbildung dazu, ob die Bremer Innenstadt partout zu einer Hochhaus-Ansammlung werden soll. Die Nutzung von (bundesweiten) Fördermitteln ist wünschenswert, darf aber kein Automatismus sein - es kommt darauf an, wofür. Der Schaffung einer Stadtentwicklungsgesellschaft stehen wir kritisch gegenüber, da wir nicht sehen, dass Stadtentwicklung damit demokratisiert würde. Gefühlte politische Willensbildung, etwa zur nachhaltigeren Bodenpolitik, muss schneller in realen politischen Willen, d.h. Beschlüsse von Organen überführt werden.

**10. Servicequalität in der Bauverwaltung weiter verbessern**

*Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um Baugenehmigungsverfahren zu beschleunigen und ein qualitäts- und ergebnisorientiertes Verwaltungshandeln in allen baubezogenen Fragen zu erreichen? Was halten Sie von einer Servicegarantie, wie sie im Landkreis Osterholz gewährt wird?*

Wenn man sich ansieht, wie lange erteilte Baugenehmigungen nicht in tatsächliches Bauen umgesetzt werden, relativiert sich die Dringlichkeit der Verfahrensbeschleunigung etwas. Ganz im Gegenteil fehlt es im Prozess an Kontrollen und Maßnahmen, wenn nicht gebaut wird - ständige Verlängerung von Baugenehmigungen kann nicht der Weg sein. Die personelle Ausstattung der gesamten Bauverwaltung muss insgesamt deutlich verbessert werden, das ist der vorrangige Weg zu mehr Servicequalität. Dies betrifft allerdings nicht nur die Servicequalität für Bauanträge auch die Bearbeitungszeit Wohngeldanträge beispielsweise bis zu 6 Monaten ist aktuell ein unhaltbarer Zustand.

**11. Freiberufliche Leistungen wertschätzen, Leistungswettbewerb stärken**

*Wie werden Sie sicherstellen, dass auch in kleinen Einheiten organisierte Freiberufler Auftragnehmer der öffentlichen Hand werden können? Werden Sie mit den Berufsständen Mindestvorgaben für Stundensätze bei öffentlichen Aufträgen vereinbaren?*

Seit der Reform der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) 2009 gibt es keine Vorgabe zu Stundensätzen mehr. Wie nicht anders zu erwarten, hat sich dieses Mehr an "Vertragsfreiheit" negativ ausgewirkt im Sinne verstärkten Drucks auf Honorare und Schwierigkeiten kleinerer Anbieter, gegen die Skaleneffekte größerer Anbieter mitzuhalten. In Baden-Württemberg sind zwischen Land, Gemeinden und Ingenieur- und Architektenkammer Empfehlungen für Stundensätze vereinbart worden, die nicht verbindlich sind, aber als Orientierungswerte zunehmend eingehalten werden. Das halten wir für einen richtigen Weg, der auch für das Land Bremen sinnvoll ist. Die Möglichkeit, im Vergabegesetz öffentliche Aufträge an Tarife und vergleichbare Mindestsätze zu binden, sollte auch für Dienstleistungen umfassend genutzt und gesetzlich verankert werden.